

Recktenwald, Horst C.

**Article — Digitized Version**

## Wachsender Finanzbedarf und Steueraufkommen

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Recktenwald, Horst C. (1952) : Wachsender Finanzbedarf und Steueraufkommen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 32, Iss. 7, pp. 422-426

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131558>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Wachsender Finanzbedarf und Steueraufkommen

Dr. Horst C. Recktenwald, Mainz

*Überblick über die Entwicklung von Finanzbedarf und Steueraufkommen / Unter dem Zwang des steigenden Finanzbedarfs hat sich die Struktur des Steueraufkommens gewandelt / Von den direkten Steuern hat sich das Schwergewicht auf die Aufwand- und Verbrauchsteuern gelegt / Beide Steuergruppen haben den Höhepunkt ihrer Belastungsfähigkeit überschritten / Die augenblickliche Steuerverfassung drosselt das Erwerbsstreben und vermindert die Fortschrittsrate / Aber nur bei zunehmender Fortschrittsrate ist ein Abbau der Steuersätze möglich / Es ist kaum zu erwarten, daß die Fortschrittsrate jetzt nach dem Abschluß der Wiederaufbauperiode wieder zunehmen wird / Das ist das Dilemma der heutigen Finanzwirtschaft.*

Wenn sich auch schon lange vor dem ersten Weltkriege Adolph Wagners „Gesetz“ der wachsenden Staatstätigkeit (das für die Finanzwissenschaft zum „Gesetz“ des wachsenden staatlichen Finanzbedarfs wird) mehr oder weniger stark auswirkte, so hielten sich die Ausweitung der öffentlichen Haushalte und das Anwachsen der Steuerlast im Vergleich zur Vergrößerung des Volkseinkommens und -vermögens, gemessen an heutigen Belastungsverhältnissen, doch in recht bescheidenen Grenzen. So nahm beispielsweise vom Beginn des Jahrhunderts bis zum Jahre 1914/15 das Gesamtsteueraufkommen in den USA. (Bund, Einzelstaaten und Gemeinden) nur unwesentlich zu, während sich in diesem Zeitraum das Volkseinkommen ungefähr verdoppelte. Ähnlich liegen die Verhältnisse in den anderen Industrieländern.

Einen bedeutenden, wenn auch nicht entscheidenden, Bruch brachte der erste Weltkrieg in diese finanzwirtschaftliche Entwicklung. Kriegführung und Kriegsfolgen zwangen den Staat, umfangreiche neue Aufgaben zu übernehmen. Aber erst die umfassenden Experimente einzelner Staaten auf dem Gebiet der Arbeitsbeschaffung und die wirtschaftlichen Theorien in der großen Depression zu Anfang der dreißiger Jahre leiteten eine grundlegende Wandlung im Verhältnis der Staats- zur Volkswirtschaft ein. Die Aufgaben der öffentlichen Finanzwirtschaft beschränkten sich nun nicht mehr allein oder in erster Linie auf das fiskalische Gebiet der Einnahmebeschaffung, sondern sie erstreckten sich in zunehmendem Maße auch auf wirtschafts-, konjunktur- und — oftmals damit gleichlaufend — auf sozialpolitische Bereiche. Die Gestaltung der Ausgaben trat gleichberechtigt neben, bei einzelnen Extremisten sogar vor die Bereitstellung und Verwaltung der Finanzmittel. Der Anteil der öffentlichen Hand am Volkseinkommen und die Steuersätze erhöhten sich in einem Ausmaß, das für die Vertreter der klassisch-liberalen Finanzwissenschaft bisher unvorstellbar gewesen war.

Diese Entwicklung des auf Grund der Aufgabenhäufung progressiv steigenden Finanzbedarfs setzte sich im zweiten Weltkrieg beschleunigt fort und hat

bis heute noch nicht ihren Höhepunkt erreicht, trotz verstärkter Versuche seitens der neoliberalen Richtung, sowohl die theoretischen Grundlagen der Vollbeschäftigungspolitik zu erschüttern — zumindest deren Übertreibungen zu beseitigen — als auch die marktwirtschaftliche Ordnung auf möglichst weite Gebiete der Volkswirtschaft auszudehnen und damit das Tätigkeitsfeld der modernen „fiscal policy“ enger als bisher abzustecken.

## URSACHEN DER ENTWICKLUNG

In dem Ursachenkomplex, der die Tendenz zur gewaltigen, teilweise sprunghaften Ausdehnung der Staatsausgaben bedingt, sind Krieg, dessen Folgen und Wettrüsten der Großmächte keineswegs allein entscheidende Faktoren. Unverkennbar und ganz allgemein hat die veränderte wirtschaftliche und soziale Ordnung die Beziehungen der Staatswirtschaft zur Volkswirtschaft völlig geändert. Die Zunahme der Bevölkerung, die räumlich eng zusammenlebenden Massen, die verschärften Interessengegensätze, die Hilflosigkeit des Einzelnen gegenüber konjunkturellen Schwankungen und die wachsende Abhängigkeit jeder ökonomischen Tätigkeit von politischen Maßnahmen verlangen nicht nur ein nachträglich korrigierendes Eingreifen des Staates, sondern ein ständiges, präventives und lenkendes Handeln.

Alle sozialen Schichten haben ihre Einstellung zum Staat grundlegend geändert. Charakteristisch für diese Entwicklung ist die fortdauernde Verschiebung von Individual- zu Kollektivbedürfnissen. Darüber hinaus steigt die Nachfrage nach verbesserten öffentlichen Diensten laufend an. Wie stark sich beispielsweise auch die Haltung der Wirtschaft zu den Aufgaben der öffentlichen Hand gewandelt hat, zeigt recht deutlich der spontane Ruf nach staatlicher Hilfe, als zu Beginn des Jahres völlig unerwartet ein Rückgang der Weltmarktpreise mit einem leichten Abklingen der Konjunktur einsetzte und bei einzelnen Wirtschaftszweigen geringe Anpassungen der Kapazitäten notwendig zu werden schienen. Das Verhalten der britischen Textilindustrie und ihre energischen Forderungen

gen nach verstärkten Staatseinkäufen sowie nach Steuerermäßigungen (Senkung der purchase tax) mögen als Beispiel auch für andere Länder genügen.

#### KOSTSPIELIGE STAATLICHE ORGANISATION

Ob diese Entwicklung wünschenswert ist oder nicht, kann in diesem Zusammenhang nicht erörtert werden. Wie man aber auch immer das Aufgabengebiet des heutigen Staates und damit zusammenhängend den enormen Geldbedarf abzugrenzen geneigt ist, eine historische Realität kann nicht übersehen werden: das menschliche Zusammenleben in der modernen Gesellschaft — sei es nun in übernationalen, staatlichen oder kommunalen Verbänden — erfordert einfach eine politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Führung und Organisation, die äußerst kompliziert ist und deren Aufgaben kostspielig sind. Das ist eine Tatsache, von der jede Beurteilung staatlichen Finanzbedarfs ausgehen muß, wenn sie wirklichkeitsnahe und praktisch verwertbar sein will.

Zweifellos hat die allzu rasche Ausdehnung der öffentlichen Tätigkeit in den letzten Jahrzehnten oftmals zu keineswegs gerechtfertigten Übersetzungen und Aufblähungen der Verwaltung geführt. Ein Beispiel ist der wirtschaftlich ungesunde Aufbau der politischen und finanzwirtschaftlichen Organisation der Bundesrepublik. So könnte eine Neuordnung der Länder im Bundesgebiet nach überschlägigen Schätzungen etwa 2,5 Mrd. DM, die Herstellung einer einheitlichen Bundesfinanzverwaltung mindestens 500 Mill. DM jährlich an Verwaltungskosten ersparen. Und zweifellos läßt auch das Fehlen des ökonomischen Prinzips in der öffentlichen Verwaltung auf nicht immer wirksamste Verwendung der Mittel schließen.

Aber diese Mängel ändern nichts Wesentliches an der historischen Tatsache, daß auf Grund der Aufgabenhäufung in Staat und Gemeinde, bedingt durch die wirtschaftlich-technische Entwicklung mit ihren sozialen Auswirkungen, der Finanzbedarf des modernen Sozialstaates progressiv gestiegen ist und wohl auch noch weiter steigen wird, selbst wenn es gelingen sollte, in absehbarer Zeit die unproduktiven Rüstungsausgaben allmählich zurückzudrängen.

#### UMFANG DES BISHERIGEN STEUERAUFKOMMENS

Zahlenmäßig läßt sich die grundlegende Wandlung in der öffentlichen Finanzwirtschaft recht anschaulich an der Gestaltung der Haupteinnahmequelle, der Steuererträge, zeigen. Zu Anfang des ersten Weltkrieges belief sich das Gesamtsteueraufkommen im Reich (einschließlich der staatlichen Unterverbände) nach amtlichen Angaben auf über 4 Mrd. Mark. Es stieg dann nominal um über das Dreifache auf 13,5 Mrd. Mark bis zum Jahre 1929/30 und um das Fünffache auf 18,6 Mrd. Mark bis zum Jahre 1937/38 an. Im laufenden Fiskaljahre wird es in der Bundesrepublik voraussichtlich die stattliche Höhe von 37,3 Mrd. DM erreichen. Legt man die Steuerbeträge je Kopf der Bevölkerung des Reichs- bzw. Bundesgebietes zugrunde, so läßt sich die Entwicklung der Steuereinnahmen wie folgt darstellen:

#### Entwicklung des Steueraufkommens in Deutschland (pro Kopf der Bevölkerung, 1937 = 100)

1913/14	1925/26	1929/30	1937/38	1949/50	1950/51
22,0	58,3	76,0	100,0	147,3	155,0

Ähnlich entwickelten sich die Steuereinkünfte in Großbritannien. Von 250 Mill. £ im Jahre 1914/15 stiegen sie auf über 1 Mrd. £ 1937/38 und rund 4,3 Mrd. £ 1951/52. In den entsprechenden Jahren stellten sich die steuerlichen Abgaben in den USA. auf 625 Mill. bzw. 5,2 Mrd. bzw. 77,0 Mrd. \$.

#### DIE RELATIVE STEUERLICHE BELASTUNG

Aber nicht nur die absoluten, sondern auch die relativen Steuererträge zeigen eine starke Aufwärtsbewegung. Messen wir das deutsche Steueraufkommen an einem wichtigen Indikator der volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, dem Volkseinkommen, so wurden folgende Prozentsätze des (auf Basis von Marktpreisen berechneten) Nettosozialprodukts. von der öffentlichen Hand in Anspruch genommen:

#### Anteil der öffentlichen Hand am Volkseinkommen (in %)

1913/14	1928/29	1936/37	1950
11,1	26,6	32,5	41,2

Im Gegensatz zur Zeit vor dem ersten Weltkrieg nahm also das Steueraufkommen weit stärker zu als das Volkseinkommen. Dieses Bild ist auch in allen anderen Staaten zu beobachten. So wuchs in Großbritannien das „private income“ vom Jahre 1938 bis zum Kriegsende um rund 80 %, während sich die Steuererträge (von 1,13 auf 3,22 Mrd. £) fast verdreifachten<sup>1)</sup>. In den USA. steht einer Verdoppelung des Volkseinkommens in der Zwischenkriegsperiode eine sechsfache Erhöhung der Gesamtsteuereinnahmen (15 Mrd. \$) gegenüber. Dabei muß allerdings berücksichtigt werden, daß der progressiv steigende Finanzbedarf in den meisten Staaten einen weit stärkeren Steuerdruck ausübte als in den USA., weil die Höhe des Sozialproduktes bedeutend geringer war und sein Anwachsen langsamer erfolgte. Diese Tatsache muß man (neben anderen unterschiedlichen Bedingungen) berücksichtigen, wenn man internationale Steuerbelastungsvergleiche beurteilt.

#### DIE QUELLEN DER STEUEREINNAHMEN

Wie war es nun der Wirtschaft möglich, laufend die gewaltigen Steuersummen aufzubringen? Einmal waren es die beträchtlichen Steuerreserven, die, über die gesamte Volkswirtschaft verstreut, noch weitgehend vorhanden waren. Zum anderen und in erster Linie war es aber die Tatsache, daß infolge der Industrialisierung der gewerbliche Reichtum und damit das nationale Einkommen laufend ganz erheblich zunahm. Zum Ausschöpfen dieser beiden Quellen bediente sich der Staat folgender vier Mittel:

- steile Progression der Tarife,
- Herabsetzung der steuerfreien Existenzminima,
- ständige Verbesserung der Steuertechnik, und
- Einführung neuer Steuerarten.

<sup>1)</sup> Vgl. „White Paper“, Cmd 6623, S. 29 f.

Die Erhöhung der Einkommen erlaubte nicht nur ein proportionales Anwachsen der öffentlichen Einnahmen, sondern ermöglichte eine bedeutende Heraufsetzung der Steuersätze. Denn da mit steigendem Einkommen dessen Grenznutzen sinkt oder umgekehrt die steuerliche Leistungsfähigkeit zunimmt, konnte der Fiskus die Steuertarife bis zu einem gewissen Punkt — den er allerdings nicht immer richtig traf und oft überschritt — erhöhen, ohne die subjektive Steuerlast wesentlich zu ändern. Wie sehr der Staat das Gesetz des sinkenden Grenznutzens für seine Steuerpolitik auszunutzen verstand, um seine Einkünfte zu erhöhen, ergibt sich aus der Gegenüberstellung folgender Steuersätze: vor einem halben Jahrhundert zahlte ein Steuerpflichtiger bei einem Einkommen von über 100 000 Mark nach dem Preußischen Einkommensteuertarif 4 %, mit Kommunalzuschlägen je nach dem Wohnsitz 8 bis 12 %, also rund 10 000 Mark. Heute muß er bei kaufkraftmäßig gleichem Einkommen rund 60 000 Mark abführen, wobei der oberste Einkommensteil zu 95 % weggesteuert wird. Auch in den USA. stieg der niedrigste (reine) Satz von 1,5 % im Jahre 1930 auf 20 % im Jahre 1951 und der höchste im gleichen Zeitraum von 25 auf 91 %.

Neben dieser teilweise konfiskatorischen Charakter annehmenden Erhöhung der Steuertarife wurde auch infolge Verringerung der persönlichen Abzüge und der Herabsetzung der steuerfreien Existenzminima eine breitere Schicht als bisher mit ihrem Einkommen zur Abgabe herangezogen. Und zwar wurden im allgemeinen die Steuerfreigrenzen nicht nur nominell, sondern auch kaufkraftmäßig herabgedrückt. Folgende Übersicht (nach Angaben des Bundesfinanzministeriums) enthält die Freigrenzen für Ledige in Deutschland, Großbritannien und den USA., wobei die unter 1951 in Klammern ausgewiesenen Zahlen die entsprechende Kaufkraft im Jahre 1930 darstellen:

Land	1930	1951
Deutschland	720 RM	750 DM (525)
Großbritannien	135 £	110 £ (57)
USA.	1500 \$	600 \$ (378)

Weiterhin konnte mit Hilfe der Verfeinerung der Veranlagungs- und Erhebungstechnik, insbesondere des Steuerabzuges an der Quelle (für Lohn- und Kapitalerträge) und des Ausbaus des Buch- und Betriebsprüfungsdienstes ein bedeutend höherer Teil des Nationaleinkommens steuerlich veranlagt werden. Damit sanken die Steuerhinterziehungsquoten — die selbst in den Ländern mit hoher Steuermoral (wie Großbritannien und Deutschland) zu Anfang des Jahrhunderts hoch waren — auf 5 bis 10 % im Jahre 1938/39<sup>2)</sup>. Der deutsche Steuerfiskus erfaßte (nicht belastete) beispielsweise schon 1937 71,9 % (heute 73,3 %) des Volkseinkommens. Zum Vergleich sei auf den entsprechenden französischen Anteil von 22,3 % und den amerikanischen von 66,4 % verwiesen. Daraus geht hervor, wie wenig Reserven die deutsche Ein-

kommensbesteuerung besitzt und wie sachlich unberechtigt die Kritik gewisser Kreise der Hochkommission in dieser Hinsicht ist.

Aber nicht nur die Erhöhung der Tarife bereits bestehender Steuern, sondern auch die fortdauernde Einführung neuer Abgaben — wie die Börsenumsatz-, Grunderwerb-, Versicherungs- und nicht zuletzt die fiskalisch äußerst ergiebige allgemeine Umsatzsteuer — trugen wesentlich zur Beschaffung der erforderlichen Finanzmittel bei. Dabei wurden oft unter dem Druck der Finanznot Steuern bequemerweise dort erhoben, wo sie am leichtesten erhoben werden konnten. Der Begriff der steuerlichen Leistungsfähigkeit verwässerte ständig, so daß heute jede größere im Verkehr sichtbar auftretende Geldsumme als ausreichendes Kriterium dafür angesehen wird, eine Abgabe zu fordern. Auf diese Weise hat sich die Gesamtzahl der deutschen Steuerarten auf über 50 erhöht, und am Ende dieser Entwicklung steht die heute selbst dem Fachmann unübersichtliche Steuerverfassung, die den Eindruck einer systemlosen Ansammlung komplizierter, oft entarteter Steuergelbe macht.

#### STRUKTURWANDEL IM STEUERAUFKOMMEN

Es erscheint daher in diesem Zusammenhang angebracht, kurz aufzuzeigen, wie sich die Steuerarten den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen unter dem Zwang steigenden Finanzbedarfs angepaßt haben und wie sich das Steuersystem bis zu den heutigen Entartungserscheinungen entwickelt und gewandelt hat. Daraus lassen sich auch sinnvolle Grenzen der Besteuerung erkennen.

Charakteristisch für ein Steuersystem ist in der Regel das Verhältnis zwischen den Steuern auf die Einkommensbildung (einschließlich Vermögen) und solchen auf die Einkommensverwendung, grob gesagt, zwischen direkten und indirekten Steuern. In fast allen marktwirtschaftlich orientierten Industriestaaten liegt nun seit Beginn des Jahrhunderts das Schwergewicht auf den direkten Steuern. Dadurch sollte das Prinzip der steuergleichen und sozialgerechten Behandlung vom Standpunkt der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit möglichst weitgehend verwirklicht werden. In den Ländern, in denen neben einer großen Zahl hoher und mittlerer Einkommen eine breite Vermögensschicht vorhanden ist — wie beispielsweise in den angelsächsischen Staaten oder in Deutschland bis zur großen Inflation — konnten die Steuern auf die Einkommensbildung diese Aufgabe bis in die jüngste Zeit voll erfüllen. Aber inzwischen haben die Einkommenssteuertarife und die Herabsetzung der Freibeträge auch in den kapitalreichen Ländern im Zusammenhang mit dem Korea-Konflikt und dem Wettrüsten Ausmaße angenommen, die deutlich die Ertragsgrenzen dieser Steuergruppe anzeigen. In den kapitalschwachen Nationen, die eine ganz andere Einkommensschichtung aufweisen, traten diese Grenzen schon viel früher in Erscheinung. Die steuerlichen Freibeträge und die persönlichen Abzüge waren hier schon immer gering bemessen, so daß sich keine nennenswerten

<sup>2)</sup> Vgl. P. Jostock, Über den Umfang des der Besteuerung entzogenen Einkommens, Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 57 (1943).

Steuerreserven bilden konnten. Die Einkommensteuer trug sehr früh den Charakter einer „people's tax“. Auf der anderen Seite gefährdete die übertriebene Tarifprogression in ganz erheblichem Maße Kapitalbildung, Gewinnstreben und Steuermoral. Der Fiskus war somit einfach gezwungen, auf die Besteuerung der Einkommensverwendung zurückzugreifen, wenn er den rapide anschwellenden Finanzbedarf im wesentlichen decken wollte.

Bereits kurz nach dem ersten Weltkrieg setzte die Tendenz der Verlagerung des Schwergewichts auf die Aufwand- und Verbrauchssteuern ein. Länder wie Deutschland, Norwegen, Frankreich und Italien gingen auf der Suche nach Einkünften dazu über, eine bisher kaum gekannte Steuer auf jeden Umsatz zu erheben. Dieses Ausweichen auf die indirekte Besteuerung hat sich in der Nachkriegszeit noch verschärft. Um eine sozial gerechte Verteilung der Steuerlasten wenigstens einigermaßen zu sichern, staffelte man die Tarife und grenzte zwischen lebensnotwendigem Bedarf und gehobenem Aufwand nach Entbehrlichkeit der Güter und Preishöhe ab. Wie weit der Fiskus bereit ist, einen Aufwand als nicht erforderlich für einen genormten Lebensstandard anzusehen, erhellt die lange Liste der Güter, die zu einer Bundesaufwandsteuer heranzuziehen beabsichtigt ist. Offensichtlich stößt auch hier die Besteuerung auf Grenzen, die nur unter starken Störungen im Sozialgefüge und Wirtschaftsleben überschritten werden können. Eine Erhöhung der kumulativ wirkenden Umsatzsteuer, wie sie bei Ablehnung des Vierzig-Prozent-Anteils an der Einkommensteuer vom Bundesfiskus ins Auge gefaßt wird, könnte solche Störungen hervorrufen, vor allem in der augenblicklichen Konjunktursituation, in der auf der einen Seite eine Steuerüberwälzung durch Preiserhöhung immer schwieriger wird, auf der anderen Seite den finanziell schwächsten Schichten keine weitere Belastung zugemutet werden kann.

#### ERSCHOPFTE STEUERKRAFT

Solange sich der Lebensstandard des Einzelnen durchschnittlich fühlbar erhöhte, nahm er die steuerliche Abschöpfung der oben geschilderten Steuerreserven und eines Teiles des zusätzlichen jährlichen Produktionsertrages hin. Tatsächlich wuchsen die realen Einkommen, wenn auch nur in degressiver Steigerung, mit dem Sozialprodukt, so daß selbst in Fällen, in denen der Fiskus die individuelle Belastungsfähigkeit überschritt, noch genügend Spielraum vorhanden war, gewisse Verzerrungen der Besteuerung zu korrigieren. Dieses Bild hat sich nun völlig gewandelt. Das verfügbare reale Durchschnittseinkommen liegt heute so nahe an dem Existenzminimum, daß der Steuerpflichtige zunehmend stärker den Steuerdruck empfindet. Obwohl für Westdeutschland noch keine genaue Einkommensteuerstatistik vorliegt, läßt sich doch feststellen, daß die Gruppe der (an der Quelle besteuerten) Festbesoldeten den Steuerdruck am stärksten spürt und die Steuerprogression mit ihrer unerträglichen Nivellierungstendenz sich hier besonders hart auswirkt.

Die Überspannung in der Besteuerung hat auf vielen Gebieten zu unwirtschaftlichem Verhalten geradezu angeregt, eine Wirkung, die sich unsere verarmte Volkswirtschaft am wenigsten leisten kann. Anscheinend mißt man unter den gegebenen politischen Verhältnissen immer noch mit Kriegsmaßstäben, vergißt aber, daß bei freier Preisbildung und marktwirtschaftlicher Güterverteilung die steuerlichen Wirkungen wesentlich andere sind als im Kriege. Die augenblickliche Steuerverfassung drosselt, teils ganz erheblich, das gesunde Erwerbsstreben, lähmt die persönliche Initiative (der nach Abklingen der Konjunktur in Zukunft ganz besondere Bedeutung zukommt), führt zu Verzerrungen in der Einkommensverwendung und Ausgabengestaltung, hemmt die Fortschrittsrate und bedroht damit die gesamte Wirtschaftsordnung. Die Vorstellung, unsere nach zwei verlorenen Weltkriegen und nach zweimaliger Vernichtung des privaten Wohlstandes durch Inflation und Währungsschnitt verarmte westdeutsche Volkswirtschaft sei in der Lage, ähnlich der amerikanischen neben der Rüstungsproduktion soviel Güter für den privaten Konsum herzustellen, daß ein erträglicher Lebensstandard gewährleistet ist, erscheint ebenso naiv wie die Vorschläge gewisser ausländischer Kreise, das „rückständige“ deutsche Steuersystem durch fehlende Aufwandsteuern zu „ergänzen“ und die Tarifprogression noch steiler zu gestalten. Ganz zweifellos muß bei sachlichem Vergleich der Steuerbelastung verschiedener Länder, soweit er überhaupt nach heutigen finanzwissenschaftlichen Erkenntnissen und statistischen Unterlagen fundierte Aussagen zuläßt, festgestellt werden, daß Deutschland zu den am stärksten belasteten Staaten gehört.

#### DAS FINANZWIRTSCHAFTLICHE DILEMMA

Die augenblickliche finanz- und steuerwirtschaftliche Situation der Bundesrepublik ist einerseits gekennzeichnet durch einen besonders starken Druck der Ausgabenerhöhung, hervorgerufen durch die „säkulare“ Tendenz des wachsenden staatlichen Finanzbedarfs (einschließlich des Nachholbedarfs), vor allem aber durch die Kriegsfolgelasten und den Verteidigungsbeitrag, und andererseits durch die erschöpfte Steuerkapazität und die auffallende Verlangsamung in der Zunahme des Volkseinkommens. Die mögliche steuerliche Belastung hat, wie gezeigt wurde, ihren Kulminationspunkt überschritten und erfordert einen Abbau. Dies ist aber nur möglich, wenn die jährliche Fortschrittsrate bedeutend zunimmt und nicht durch den Fiskus völlig weggesteuert wird. Beide Bedingungen sind im Augenblick nicht gegeben. Während das Volumen des Nettosozialproduktes im Bundesgebiet im Jahre 1949 um 15 % und 1950 sogar um 25 % stieg, sank — nach Angaben des Berliner Instituts für Konjunkturforschung — der Zuwachs im Jahre 1951 auf 5 % herab. Es wird großer Anstrengungen bedürfen, diese Fortschrittsrate nach Abschluß der teilweise stürmischen Wiederaufbauperiode in Zukunft zu halten. Dies hängt in erster Linie von einer Steuerreform und von der Verteilung der öffentlichen Ausgaben auf Konsum- und Investitionszwecke ab. Die Staatswirt-

schaft selbst beeinflusst also ganz erheblich die Quelle, die am ergiebigsten für sie ist, die konjunkturelle Steigerung des Nationaleinkommens.

Wie die Dinge im Augenblick liegen, übersteigt der Finanzbedarf den Zuwachs des Steueraufkommens aus

der Erweiterung des Sozialproduktes, so daß im günstigsten Falle das durchschnittliche Realeinkommen der Steuerzahler unverändert bleibt, nämlich dann, wenn das gesamte nationale Mehreinkommen von 5% für den zusätzlichen Finanzbedarf ausreicht.

**Summary:** Growing Financial Requirements and the Tax Yield. The author paints a picture of the causes of growing financial needs and of the development of revenue in Germany as compared with the national income. To increase the tax revenue, the State applied the following methods: steep progression of tax rates, reduction of the tax-free minimum level of subsistence, improvement of the technique of tax collection, and introduction of new taxes. Forced by the growth of financial needs, the structure of revenue has been changed. While since the beginning of the century the focus in all industrial states with "market economies" had been on direct taxation, there began, after the first world war, a shift on to excises and consumption taxes. But even if the turnover tax is differentiated and adjusted according to the price and the essential or non-essential character of the commodity, the enormous financial requirements would soon push it up to a ceiling which to exceed would result in grave tensions in the social and economic structure. In many fields, excessive taxation has led to uneconomical behaviour. The present constitution of the tax system strangles reasonable striving for profit and causes distortions in the distribution and spending of incomes. The possible tax pressure in Germany has exceeded its climax. But tax rates can only be reduced if the rate of progress is substantially increased. On the other hand, great efforts will be required to only maintain the rate of progress, which has dropped appreciably after the end of the reconstruction period, at its present level. The fiscal economy itself greatly influences the source which is the most lucrative: the growth of national income through the development of business.

**Résumé:** Augmentation des besoins financiers et produit total des impôts. L'auteur explique les causes des besoins financiers grandissants ainsi que l'évolution du produit total des impôts par rapport au revenu national de l'Allemagne. Afin de réaliser des majorations d'impôts l'Etat s'est servi des moyens suivants: taux d'imposition progressifs; réduction de la limite du minimum imposable; amélioration de la technique d'imposition; perception d'impôts nouveaux. Sous le joug des besoins financiers grandissants, le rendement total des impôts a subi un changement de structure. Tandis que depuis le début du 20. siècle dans tous les pays industriels organisés selon l'économie de marché, l'accent se trouvait sur les impôts directs, après la première guerre mondiale cet accent fut transféré sur l'impôt sur le luxe et sur la taxe de consommation. Mais même par une progression des taux sur les chiffres d'affaires selon des degrés de qualité et de prix de luxe des articles, on arriverait trop vite à une limite que l'on ne pourrait pas franchir sans causer de graves perturbations au système social et économique. Dans beaucoup de domaines l'imposition exagérée a été suivie d'un mauvais rendement économique. Le système actuellement en cours entrave toute initiative naturelle et cause une répartition et emploi disproportionnés du revenu. En Allemagne le recouvrement possible a atteint son point culminant. Mais une diminution des taxes serait réalisable seulement à condition d'une forte progression du coefficient de rendement économique. Pourtant de grands efforts seront nécessaires afin de maintenir à son niveau actuel ce coefficient d'ailleurs fort diminué depuis la fin de la période de reconstruction. L'économie d'Etat elle-même exerce une grande influence sur le facteur décisif de ce coefficient, c'est à dire sur l'augmentation conjoncturelle du revenu national.

**Resumen:** Creciente demanda monetaria y total de impuestos. El autor reseña las causas de la creciente demanda monetaria y el desarrollo del total de impuestos con relación a la renta nacional. Para aumentar sus ingresos de impuestos el Estado se sirve de los siguientes medios: escarpada progresión de las tarifas, reducción de los salarios vitales excentos de impuestos, mejora de la técnica de recaudación y introducción de nuevas clases de impuestos. Bajo la presión de la creciente demanda monetaria, la estructura del total de impuestos ha experimentado un cambio. Mientras desde el comienzo del siglo, todos los Estados industriales, orientados por la economía de mercado, dieron gran importancia al impuesto directo, después de la primera guerra mundial, el centro de gravedad se deslucó a los impuestos de consumo. Pero hasta con una diferenciación y graduación del impuesto sobre las ventas, según el grado de necesidad de las mercancías y según la altura de los precios, se llegaría seguramente pronto al límite máximo, teniendo en cuenta la alta demanda monetaria, límite que no se podría sobrepasar sin perjudicar considerablemente la estructura social y económica. La excesiva presión tributaria ha conducido a un conducto poco económico en muchos campos. La presente constitución tributaria paraliza el sano incentivo económico y conduce a una desfiguración del empleo de la renta y de su estructura. La posible presión tributaria en Alemania ha sobrepasado su punto culminante, pero una disminución de las tasas de impuesto es posible solamente si el grado de progreso va en aumento considerablemente. Pero se necesitarían grandes esfuerzos para mantener, después de la terminación del periodo de la reconstrucción, el presente grado de progreso. La economía fiscal influye considerablemente en la fuente más lucrativa: El alza coyuntural de la renta nacional.